

**NIEDERSCHRIFT**

(öffentlicher Teil)

5. Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses (Wahlperiode 2018-2023)

Sitzungstermin:	Donnerstag, 12.09.2019
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	20:02 Uhr
Sitzungsort:	Thomas-Mann-Schule, Thomas-Mann-Straße 14, 23564 Lübeck
Anwesende Mitglieder	
Vorsitz	
Thomas Rathcke- FDP	Vertretung für: Herrn Oliver Ernst
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Aydin Candan- SPD	Vertretung für: Frau Stadtpräsidentin Gabriele Schopenhauer
Thorsten Fürter- BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	
Bastian Langbehn- BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	Vertretung für: Frau Birte Duggen
Lars Rottloff- CDU	
Lars Lehrke- Die Unabhängigen	
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Markus Fraederich- CDU	Vertretung für: Herrn Bernhard Simon
Brigitte Klix- FREIE WÄHLER & GAL	Vertretung für: Herrn Thomas Misch
Helga Lange- SPD	Vertretung für: Herrn Ingo Schaffenberg
Martin Kucharzik- CDU	
Dr. Heike Willeke- SPD	
Nina vom Ende- BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	
Verwaltung	
Dr. Katja Schur- Rechnungsprüfungsamt	
Lutz Baltz- Rechnungsprüfungsamt	
Lars Boller- Rechnungsprüfungsamt	
Kristina Braatz- Rechnungsprüfungsamt	
Jürgen Burmeister- Rechnungsprüfungsamt	
Nadine Lietzow- Rechnungsprüfungsamt	
Hellfried Schmitz- Rechnungsprüfungsamt	ab 19:15
Dirk Sieburg- Rechnungsprüfungsamt	
Stefan Wegner- Rechnungsprüfungsamt	

Tina Wendt- Rechnungsprüfungsamt	
Christian Harder- 1.210 Buchhaltung und Finanzen	bis 19:55 Uhr
Florian Kannenberg- 1.210 - Buchhaltung und Finanzen	bis 19:55 Uhr
Manfred Uhlig- 1.201 - Haushalt und Steuerung	
Protokollführung	
Yvonne Bretfeld- Rechnungsprüfungsamt	
Beiratsmitglieder	
Wolfgang Domeyer- Seniorenbeirat	bis 19:12 nur im ÖT
Fries-Pieter Friese- Seniorenbeirat	bis 19:12 nur im ÖT
Entschuldigte Mitglieder	
Vorsitz	
Oliver Ernst- FDP	entschuldigt
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Birte Duggen- BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	entschuldigt
David Jenniches- AfD	entschuldigt
Thomas Misch- FREIE WÄHLER & GAL	entschuldigt
Ingo Schaffenberg- SPD	entschuldigt
Stadtpräsidentin Gabriele Schopenhauer- SPD	entschuldigt
Bernhard Simon- CDU	entschuldigt
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Dr. Tim Petersen- CDU	entschuldigt
Doris Willmer- DIE LINKE	entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung / Begrüßung / ggf. Verpflichtung der Ausschussmitglieder, die nicht der Bürgerschaft angehören
2.	Feststellung der Beschlussfähigkeit
3.	Feststellung der Tagesordnung (Beschluss über nichtöffentliche Behandlung von Vorlagen)
4.	Feststellung der Niederschrift Nr. 4 öffentlicher Teil vom 06.06.2019
5.	Anfragen / Antworten / Mitteilungen
6.	Anträge von Ausschussmitgliedern
7.	Berichte
7.1.	Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses der Hansestadt Lübeck zum 31. Dezember 2015 und des Lageberichtes für das Haushaltsjahr 2015 Vorlage: VO/2019/08033
7.1.1.	Fragenkatalog vom Ausschussmitglied Herrn Lehrke vom 02.09.2019 zur Vorlage 08033 Vorlage: VO/2019/08033-01
7.1.2.	Antworten des Bereiches Haushalt und Steuerung und des Rechnungsprüfungsamtes zum Fragenkatalog vom Ausschussmitglied Herrn Lehrke vom 02.09.2019 zur Vorlage 08033 Vorlage: VO/2019/08033-02
7.2.	Monitoring-Bericht 2018 für Vergabeverfahren bei der Hansestadt Lübeck Vorlage: VO/2019/07661
7.3.	Bericht über die Prüfung der Verwendungsnachweise der Fraktionen der Hansestadt Lübeck der Abrechnungsjahre 2012-2017 Vorlage: VO/2019/07654
7.3.1.	Antwort auf Anfrage AM Lars Lehrke vom 25.06.2019 (per Mail) betr. Bericht des RPA über die Fraktionsabrechnungen 2012-2017 Vorlage: VO/2019/07932
7.4.	Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2013 der Stiftung Kriegsopferdank und des Lageberichts für das Haushaltsjahr 2013 Vorlage: VO/2019/08063
7.5.	Bericht über die Prüfung der Jahresabschlüsse 2012 und 2013 der Westerauer Stiftung und der Lageberichte für die Haushaltsjahre 2012 und 2013 Vorlage: VO/2019/08034

8.	Verschiedenes
13.	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / ggf. Verpflichtung der Ausschussmitglieder, die nicht der Bürgerschaft angehören

Der Vorsitzende Herr Rathcke eröffnet die 5. Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses in der Wahlperiode 2018 – 2023 um 18:00 Uhr und begrüßt die SitzungsteilnehmerInnen, die Anwesenden der Verwaltung und die Gäste. In der Begrüßung betont Herr Rathcke die wichtige Bedeutung des Rechnungsprüfungsausschusses und regt die Teilnehmenden zur aktiven Beteiligung an.

Herr Rathcke verpflichtet gemäß § 46 Abs. 6 GO das Ausschussmitglied Frau Klix und das Ausschussmitglied Herr Fraederich auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Obliegenheiten und führt sie in ihr Amt ein.

Herr Rathcke weist darauf hin, dass die laufende Sitzung zu Protokollzwecken per Mikrofon aufgenommen wird. Es gibt keine Einwände der Ausschussmitglieder.

zu 2 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit fest.

zu 3 Feststellung der Tagesordnung (Beschluss über nichtöffentliche Behandlung von Vorlagen)

Es erfolgt ein einstimmiger Beschluss über den öffentlichen Teil der Tagesordnung.

Ebenso einstimmig werden die Tagesordnung des nichtöffentlichen Teils der Sitzung und die nichtöffentliche Behandlung von Vorlagen beschlossen.

zu 4 Feststellung der Niederschrift Nr. 4 öffentlicher Teil vom 06.06.2019

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 4. Sitzung des RP-Ausschusses vom 06.06.2019 wird einstimmig beschlossen.

zu 5 Anfragen / Antworten / Mitteilungen

Es liegt nichts vor.

zu 6 Anträge von Ausschussmitgliedern

Es liegen keine Anträge von Ausschussmitgliedern vor.

zu 7 Berichte

Der Vorsitzende leitet zum Punkt 7 der Tagesordnung über, begrüßt Herrn Uhlig und gibt das Wort an Frau Dr. Schur weiter.

**zu 7.1 Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses der Hansestadt Lübeck zum 31. Dezember 2015 und des Lageberichtes für das Haushaltsjahr 2015
Vorlage: VO/2019/08033**

Top 7.1 wird gemeinsam mit 7.1.1 und 7.1.2 behandelt.

**zu 7.1.1 Fragenkatalog vom Ausschussmitglied Herrn Lehrke vom 02.09.2019 zur Vorlage 08033
Vorlage: VO/2019/08033-01**

Top 7.1.1 wird gemeinsam mit 7.1 und 7.1.2 behandelt.

**zu 7.1.2 Antworten des Bereiches Haushalt und Steuerung und des Rechnungsprüfungsamtes zum Fragenkatalog vom Ausschussmitglied Herrn Lehrke vom 02.09.2019 zur Vorlage 08033
Vorlage: VO/2019/08033-02**

Einleitend skizziert Frau Dr. Schur den Stand zum Prüfungsbericht über den Jahresabschluss 2016 der Kernverwaltung und zur Situation bei den Jahresabschlüssen der Stiftungen. Anschließend stellt sie die wesentlichen Punkte aus dem Prüfungsbericht zum Jahresabschluss 2015 der Kernverwaltung dar.

Der dem Rechnungsprüfungsamt am 02.09.2019 vom Ausschussmitglied Lehrke übermittelte Fragenkatalog zum Prüfbericht Jahresabschluss 2015 wurde vom Bereich Haushalt und Steuerung und dem RPA schriftlich beantwortet und allen Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt.

Herr Lehrke thematisiert die Abweichung bei den bilanziellen Abschreibungen (Ziffer 2.1.1 des Fragekatalogs) und fragt, ob bei der Planung Erfahrungswerte aus der Vergangenheit hätten berücksichtigt werden können. Herr Uhlig führt in seiner Antwort aus, dass es sich aus zwei Gründen als schwierig erwies. Es handelte sich bei der Regelung, auch konsumtive Unterhaltungsmaßnahmen als investiv zu behandeln, sofern Drittmittel dafür eingesetzt wurden, um ein neues Konstrukt, das es in der kamerale Buchhaltung nicht gab. Zudem war der erste doppische Jahresabschluss 2010 kalendarisch erst im Jahr 2014 erstellt worden, d.h. in dem Jahr, in dem der Haushalt 2015 bereits geplant wurde.

Herr Lehrke regt an, die nunmehr vorhandenen Jahreswerte für künftige Planungen heranzuziehen. Daneben hat sich eine weitere Frage zur Inventur des Anlagevermögens (Ziffer 3.1.1 des Fragekatalogs) ergeben, bei der unterschiedliche Sichtweisen zwischen Verwaltung und dem Rechnungsprüfungsamt vorliegen. Speziell geht es um die Frage der Vollständigkeit der Erstinventur. Frau Lietzow erläutert dieses am Beispiel des Anlagevermögens des Theaters. Im Anhang wird nicht verdeutlicht, dass in der Erstinventur zwar alles gezählt, aber nicht alles buchhalterisch erfasst worden ist. Die erstmalige Aufnahme in das Anlagevermögen soll zum Jahresabschluss 2018 erfolgen, diese Information fehlt aber im Anhang.

Herr Lehrke erfragt zu den Punkten 3.7.4 und 3.7.7 der Stellungnahme (Altlastenrückstellung und Sonstige Rückstellungen), ob die von der Verwaltung avisierten Unterlagen nebst etwaigen Erläuterungen im Rechnungsprüfungsamt eingegangen sind. Frau Lietzow bestätigt den Eingang der Unterlagen.

Herr Lehrke führt aus, dass der Bürgermeister in dem Fazit der Stellungnahme davon ausgeht, das Rechnungsprüfungsamt werde auch künftig feststellen, dass der Jahresabschluss die tatsächlichen Vermögensverhältnisse nicht wiedergebe. Demgegenüber wird aus Ziffer 3.5.5 der Stellungnahme (Thema Jahresüberschuss) eine unterschiedliche Sichtweise deutlich.

Herr Uhlig erläutert, dass es sich hier um einen Einzelaspekt handelt, zu dem unterschiedliche Auffassungen bestehen. Dieser eine Punkt stehe aber nicht mit der kritischen Aussage des Rechnungsprüfungsamtes zum Gesamtbild der Vermögenslage im Zusammenhang. Die generelle Bewertung resultiert daraus, dass insbesondere die Bewertung der städtischen Gebäude mit einem Betrag in zweistelliger Millionenhöhe bisher nicht gemeinsam geklärt werden konnte. Solange dieses nicht erreicht ist, ist weiterhin von dieser Prüfungsaussage in den Prüfungsberichten zum Jahresabschluss auszugehen. Bei den Straßen-/Brückenbewertungen ist man auf einem guten Weg zu einer einvernehmlichen Lösung. Bei den Gebäuden ist demnächst ein Terminvorschlag für die Besichtigung eines Mustergebäudes zu erwarten. Der Gesamtprozess wird aber vermutlich zwei bis drei Jahre dauern. Das Team soll alle Gebäude systematisch durchgehen und fachliche Aussagen insbesondere zum Instandhaltungsbedarf treffen, auf die eine Instandhaltungsplanung aufgesetzt werden kann. Gleichzeitig werden die aktuellen Gebäudewerte ermittelt, die dann in die Bilanz einfließen werden.

Herr Lehrke macht noch einmal deutlich, dass es ihm nicht um die obige Einzelposition ging. Seines Erachtens zieht sich die Frage der periodengerechten Abgrenzung durch den ganzen Bericht z.B. bei der Unterscheidung zwischen Verbindlichkeiten und Rückstellungen und bei weiteren Abgrenzungen. Er bittet das Rechnungsprüfungsamt, für den nächsten zeitlich noch erreichbaren Prüfungsbericht über den Jahresabschluss um eine Aufstellung, um welche Positionen und welche Beträge es sich handelt.

Frau Dr. Schur sagt eine entsprechende Dokumentation bei der Prüfung des Jahresabschlusses 2017 zu.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

zu 7.2 Monitoring-Bericht 2018 für Vergabeverfahren bei der Hansestadt Lübeck Vorlage: VO/2019/07661
--

Frau Dr. Schur stellt die wesentlichen Feststellungen des Monitoring-Berichtes zu den Vergaben vor. Gemäß Stichprobe waren Vergaben teilweise nicht ausreichend dokumentiert. Eine Vergabe über 80.000 EUR war nicht in der Übersicht enthalten, dort wurde das Vergaberecht ignoriert. Über den Bürgermeister und die zuständige Fachbereichsleitung wurde die betroffene Bereichsleitung informiert. Der nächste Bericht wird die Daten nur bis November

2019 enthalten, da ein zusammenfassender Bericht für 2017 - 2019 Anfang Januar 2020 an die Landesregierung abgegeben werden muss.

Herr Rathcke kritisiert, dass teilweise die Abgabefristen zur Meldung der Vergabeübersichten nicht eingehalten worden sind.

Frau Dr. Schur skizziert den verwaltungsinternen Ablauf und hofft, dass die Fachbereiche künftig die Daten fristgemäß an den Bereich Logistik übermitteln.

Herr Fürter thematisiert, dass zwar die Errichtung von Gebäuden vergaberechtlich ausgeschrieben wird, nicht aber das Anmieten von Flächen und stellt die Frage, ob hier nicht ein Reformbedarf bestehe. Schließlich soll über das Vergaberecht ein wirtschaftliches Verhalten sichergestellt werden. Frau Dr. Schur vermittelt, dass auch das Rechnungsprüfungsamt sich unter dem Fokus der Wirtschaftlichkeit intern mit der Beschlussvorlage einer Anmietung befasst hat. Grundsätzlich sieht das RPA es als notwendig an, dass bei großflächigen und langfristigen Anmietungen mindestens drei Angebote und Vergleichszahlen vorgelegt werden müssten.

Herr Rathcke weist vor dem Hintergrund der vorgesehenen Aktualisierung der Geschäftsordnung auf die Möglichkeiten des politischen Raumes hin, ggf. eine derartige Regelung herbeiführen zu können.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

zu 7.3 Bericht über die Prüfung der Verwendungsnachweise der Fraktionen der Hansestadt Lübeck der Abrechnungsjahre 2012-2017 Vorlage: VO/2019/07654
--

Der TOP 7.3 wird gemeinsam mit TOP 7.3.1 behandelt.

zu 7.3.1 Antwort auf Anfrage AM Lars Lehrke vom 25.06.2019 (per Mail) betr. Bericht des RPA über die Fraktionsabrechnungen 2012-2017 Vorlage: VO/2019/07932
--

Frau Dr. Schur stellt den Werdegang und die wesentlichen Feststellungen des Prüfberichtes noch einmal vor. Der Bereich Recht hat das RPA intern bei rechtlichen Fragestellungen unterstützt. Nach Auffassung des RPA ist die geltende Richtlinie nicht optimal, da weitgefasste Formulierungen existieren. Konkretere Formulierungen wären erheblich zweckmäßiger. Es gab in dieser Sache Kontakte in Schleswig-Holstein u.a. mit Kiel, auch mit Mecklenburg-Vorpommern.

Die Frage-Liste von Herrn Lehrke, hier TOP 7.3.1, wurde am 26.08.2019 im Senat besprochen. Die Frage 3 war dabei noch offen. Das RPA hat die folgenden Beträge ermittelt:

Nr.	Vom RPA empfohlene Rückforderungen	Vom RPA ermittelter Betrag
3 a	Nicht verbrauchte Zuwendungen	247.028,86 EUR
3 b	Ausschließlich nicht belegte Aufwendungen	23.238,63 EUR
3 c	Nicht bestimmungsgemäße Verwendung	36.118,10 EUR
5	Abweichung zwischen BdB und RPA	5.766,80 EUR

Frau Dr. Schur führt weiter aus, dass Ende August in der Bürgerschaftssitzung (siehe VO/2019/07840-01-01) die Angelegenheit der Fraktionsmittel in die Öffentlichkeit gebracht wurde. Auch in der Darstellung der Einzelbeträge besteht nach Auffassung des RPA Veränderungsbedarf. Dieser wurde dem Bürgermeister und dem BdB auch bereits mitgeteilt. Die veröffentlichten Zahlen für 5 Jahre stimmen um insgesamt rund 104.000 EUR nicht. Das BdB hat mitgeteilt, hier noch einmal zu recherchieren und die im Internet veröffentlichte Übersicht ggf. anzupassen. Auf Nachfrage von Herrn Fürter berichtet Frau Dr. Schur von der Anfrage aus der Bürgerschaft in deren Juni-Sitzung. Die Veröffentlichung der Zuwendungsdaten selbst basiert auf einem Beschluss der Bürgerschaft aus dem Jahr 2013. Über die Veröffentlichung wurde die Bürgerschaftssitzung in der August-Sitzung informiert.

Herr Fürter merkt an, dass die Summe der Gelder, die die Fraktionen nicht ausgegeben haben, etwa viermal so hoch ist wie die Summe der vom RPA beanstandeten Mittel.

Herr Rathcke weist darauf hin, dass innerhalb der sechs Jahre von 2012-2017 auch eine Kommunalwahl gelegen hat. Da es sich um Steuergelder handelt, sind aus seiner Sicht strenge Regeln und auch Selbstkritik geboten. Ein „Runder Tisch“ wird als hilfreich angesehen. Gerade vor der zunehmenden Sensibilität der Öffentlichkeit bedarf es schnellstmöglich einer Lösung. Eine längere Diskussion in der Öffentlichkeit wäre negativ für die Akzeptanz und das politische Erscheinungsbild.

Herr Rottloff beantragt die Zurückweisung des Berichts. Er teilt mit, dass in der kommenden Klausurtagung seiner Fraktion Überlegungen anstehen, auch juristisch gegen den Bericht vorzugehen und berichtet von Einzelpersonen, die sich rechtlich beraten lassen wollen.

Herr Lehrke führt aus, sein Hauptanliegen besteht darin, die wesentlichen Punkte zu verändern und mehr Sicherheit für alle Beteiligten herbeizuführen. Er plädiert für eine neue Zuwendungsrichtlinie und begrüßt die Initiative für einen „Runden Tisch“.

Frau Dr. Schur teilt mit, dass die Einladung für November vorgesehen ist. Adressierte Teilnehmende sollen die Vorsitzenden und Geschäftsführer der Fraktionen, das BdB, der Bereich Recht und das RPA sein.

Herr Lehrke spricht dem RPA seinen Dank für die Nachbearbeitung aus und bittet um Auskunft zum Stellenbesetzungsverfahren des BdB im Hinblick auf die Übernahme der Prüfungstätigkeit der Fraktionsabrechnungen. Frau Dr. Schur informiert darüber, dass das RPA mit der Prüfung des Jahres 2018 begonnen hat. Die Stelle im BdB ist gerade ausgeschrieben. Sobald die Stelle besetzt ist und eine Einarbeitung stattgefunden hat, besteht gemäß Auskunft des Bereichs Recht keine Prüfpflicht für das RPA mehr. Anschließend erfolgt eine Übergabe an das BdB.

Herr Fürter unterstützt die Ausführungen des Vorsitzenden, begrüßt ebenfalls die Initiative des RPA und hält den „Runden Tisch“ für wichtig. Eine Nachfrage von Herrn Langbehn zu Fraktionsausgaben mit einem die Zuwendungen überschreitenden Betrag beantwortet Herr Sieburg dahingehend, dass in diesem Fall die Mittelherkunft vom RPA nicht recherchiert wird.

Der Ausschussvorsitzende lässt sodann über den Antrag auf Zurückweisung des Berichts abstimmen.

Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

Herr Rathcke äußert als persönliche Ergänzung Unverständnis über die Haltung der CDU-

Fraktion. Es wurden Missstände aufgedeckt, diese sollten beseitigt werden.

Herr Rottloff führt zur Begründung aus, dass Arbeitnehmerrechte verletzt und die Anonymität nicht gewährleistet worden seien.

Frau Dr. Schur erläutert, dass der Bereich Recht vor Einstellung des Berichts in den nichtöffentlichen Teil des Ratsinformationssystem und anschließender Veröffentlichung im öffentlichen Teil eingebunden war und dem RPA bestätigte, dass im Prüfungsbericht Anonymität und Datenschutz berücksichtigt worden sind.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

zu 7.4 Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2013 der Stiftung Kriegsoferdank und des Lageberichts für das Haushaltsjahr 2013 Vorlage: VO/2019/08063

Frau Dr. Schur stellt den Stiftungszweck der Stiftung Kriegsoferdank, den Werdegang der Prüfung und die wesentlichen Feststellungen des Prüfberichtes vor.

Herr Lehrke begrüßt die Zusammenstellung der Feststellung aus vorherigen Prüfungsbemerkungen am Beginn des Berichts und plädiert für die Beibehaltung in der künftigen Berichts-darstellung.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

zu 7.5 Bericht über die Prüfung der Jahresabschlüsse 2012 und 2013 der Westerauer Stiftung und der Lageberichte für die Haushaltsjahre 2012 und 2013 Vorlage: VO/2019/08034

Frau Dr. Schur stellt den Stiftungszweck der Westerauer Stiftung, den Werdegang der Prüfung und die wesentlichen Feststellungen des Prüfberichtes vor. Der Bericht behandelt die Haushaltsjahre 2012 und 2013. Schwierig stellt sich die Ertragssituation bei der Waldbewirtschaftung dar, um darüber das Stiftungskapital weiter aufrecht zu erhalten. Derzeit wird diskutiert, wie künftig die Waldbewirtschaftung erfolgen soll.

Anschließend gibt Frau Dr. Schur einen kurzen Überblick über den Stand der erstellten Jahresabschlüsse bei den Stiftungen und einen Ausblick auf die zeitlich folgenden Stiftungsprüfungen.

Herr Rathcke adressiert eine Bitte an die Gäste der Verwaltung, die Jahresabschlüsse der Stiftungen zügiger zu erstellen. Herr Uhlig erläutert dem Ausschuss, dass sich zuerst auf die Abschlüsse der Kernverwaltung konzentriert wurde. Der ambitionierte bisherige Zeitplan für die Stiftungen konnte nicht eingehalten werden. Insbesondere für die kleineren Stiftungen wie z. B. die Stiftung Lübecker Altstadt stellt die Aufstellung eines Jahresabschlusses mit Anhang und Lagebericht nach doppeltem Haushaltsrecht einen erheblichen Aufwand dar. Eine dieses Thema aufgreifende Anfrage an die Stiftungsaufsicht im Hinblick auf mögliche Vereinfachungen ist bislang unbeantwortet geblieben. Aktuell ist eine neue Matrix mit den angestrebten Terminen für die Erstellung der Jahresabschlüsse erstellt worden, die Aufholung wird aber noch einige Jahre dauern.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

zu 8 Verschiedenes

Herr Domeyer vom Seniorenbeirat thematisiert zum Verlauf der letzten RP-Ausschusssitzung die Beratung über die Behandlung von zwei TOP, die vom nichtöffentlichen in den öffentlichen Teil verschoben werden sollten. Die Beiratsmitglieder wurden vor der Beratung dieser Angelegenheiten gebeten die Sitzung zu verlassen. Sie verweilten anschließend rund 25 Minuten vor dem Sitzungszimmer. Nach eigener Auffassung sehen sich die Beiratsmitglieder nicht als Gäste, sondern als von 60.000 Bewohnern Lübecks gewählt. Auf Nachfrage von Herrn Rathcke bestätigt Herr Domeyer, dass es das Bestreben des Beirats ist, auch an dem nichtöffentlichen Teil der Gremiensitzungen teilnehmen zu können.

Herr Rathcke führt aus, dass es auch dem Beirat grundsätzlich freisteht, sich in dieser Angelegenheit an die Fraktionen zu wenden. Die geltende Geschäftsordnung, an den auch dieser Ausschuss gebunden ist, sieht die Aufteilung in einen öffentlichen und nichtöffentlichen Teil vor. Insofern ist die Zuordnung der TOP hier auch ordnungsgemäß behandelt worden.

Herr Fürter erläutert, dass es für alle Ausschüsse eine Regelung geben müsste, wenn es um die Teilnahme an nichtöffentlichen Beratungen geht. Der RP-Ausschuss kann hier nicht eigenständig abweichend handeln.

Herr Rathcke sagt zu, die vom Beirat aufgeworfene grundsätzliche Frage in den Hauptausschuss einzubringen.

Ende des öffentlichen Teils der Sitzung um 19:13 Uhr

Der Vorsitzende Herr Rathcke bittet, die Nichtöffentlichkeit der Sitzung herzustellen.

zu 13 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Der Vorsitzende stellt die Öffentlichkeit wieder her und informiert darüber, dass im nichtöffentlichen Teil der Sitzung Beschlüsse gefasst worden sind.

Herr Rathcke beendet die 5. Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses um 20:02 Uhr.

Lübeck, den 6. Dezember 2019

Thomas Rathcke
Vorsitzender

Jürgen Burmeister
Protokollführung